

# Bürgerinitiative Flughafen

für den Erhalt des Querumer Forstes  
gegen die Startbahnverlängerung



Bl Hondelage-Dibbesdorf, Ernst, Schulring 46, 38108 Braunschweig

## **OFFENER BRIEF**

Herrn  
Dr. Gerd Hoffmann  
Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig  
Postfach 33 09

38023 Braunschweig

Fax-Nr. 0531 / 470 40 75

## **CC:**

Herrn  
Prof. Dr. rer. nat. Martin Winterkorn  
Vorstandsvorsitzender Volkswagen AG  
Fax-Nr. 05361 / 92 82 82

Herrn  
Prof. Dr.-Ing. Joachim Szodruich  
Mitglied d. Vorstands, Bereich Luftfahrt  
Fax-Nr. 0531 / 295 21 05

Gesprächspartner	Telefon	E-Mail	Datum
Uta Ernst	05309/5112	<a href="mailto:ernst.bs@t-online.de">ernst.bs@t-online.de</a>	06. Januar 2010
Horst Gasse	05309/5012	<a href="mailto:horst.gasse@t-online.de">horst.gasse@t-online.de</a>	

## **Appell: Absage der Startbahnverlängerung am Flughafens Braunschweig-Wolfsburg**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Hoffmann,

quasi in letzter Sekunde bitten wir Sie, den Ausbau der Start- und Landebahn (SLB) zu stoppen.

Dies wäre eine Entscheidung zum Wohle der Umwelt und der Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger, insbesondere derer, die im Flughafenumfeld und den Einflugschneisen leben. Diese wären zukünftig von einer rechtlich in keiner Weise beschränkten Nutzung einer verlängerten Startbahn massiv in ihrer Lebensqualität betroffen. Für die Entwicklung der Forschung im Umfeld des Flughafens ist, wie die zahlreichen in letzter Zeit gestarteten Großprojekte zeigen, eine SLB-Verlängerung keine Voraussetzung.

Generell wären die wirtschaftlichen Folgen eines Nichtausbaus für die Stadt sehr positiv zu bewerten. Eine Entscheidung gegen den SLB-Ausbau hätte zugleich eine positive bundesrepublikanische Strahlkraft.

Im Gegensatz zu dem sonst nur mit erheblichen Mitteln zu betreibenden bundesweiten Stadtmarketing würde diese Entscheidung - neben positiven Außenwirkungen - Einsparungen für die Stadt in Höhe von ca. 10 Mio. EUR an Investitionen bedeuten. Zusätzlich könnten jedes Jahr mehrere 100.000 EUR an Betriebskosten gespart werden, der um den derzeitige Betriebskostenzuschuss von ca. 1 Mio. EUR erhöht werden müsste.

Quasi kostenlos würde Ihnen eine überregionale Anerkennung für ein außergewöhnliches Beispiel für kosten- und umweltbewusste Politik zukommen.

Beachtenswert wäre dabei auch, dass hiermit seitens der Politik die Änderungen der Projektparameter über die letzten 10 Jahre anerkannt würden. Der ursprünglich wohl primär Image- und auch VW-motivierte Ausbau des Verkehrsflughafens ist in heutiger Zeit offensichtlich nur noch mit 'Forschung' zu rechtfertigen.

Die von Ihnen für die Unmöglichkeit einer Absage des SLB-Projektes zu diesem Zeitpunkt angeführten 'Vertraglichen Verpflichtungen' sollten nicht unüberwindlich sein. Das SLB-Ausbauprojekt basiert auf einer Finanzierungsvereinbarung zwischen den Städten Braunschweig und Wolfsburg sowie Volkswagen und dem Land Niedersachsen. Das Land

würde sicher auch gerne seinen Investitionszuschuss sparen. Es hat bei Abgabe seiner Anteile an der Flughafengesellschaft bereits kundgetan, dass es an einem weiteren Engagement an dem Regionalflughafen nicht mehr interessiert ist.

Die hier vorgeschlagene kurzfristige Entscheidung, die SLB nicht zu verlängern, ist letztlich auch im besonderen Interesse des Hauptnutzers, der Volkswagen AG.

Das großräumige Abholzen des hiesigen Waldes zur größeren Bequemlichkeit des VW Top-Managements lässt die derzeitigen VW-Bemühungen um eine grüne Glaubhaftigkeit ins Gegenteil umschlagen Sowohl bei der Anhörung zur Planfeststellung als auch vor dem OVG Lüneburg begründete der VW-Vertreter den VW-Bedarf für eine längere SLB damit, dass man diese für Nonstop-Ultralangstreckenflüge benötige, für die dem VW Top-Management weder ein Start ab Hannover (Standort des VW A 319CJ) noch ein Zwischenstopp zum Tanken bei Abflügen ab Braunschweig zuzumuten wäre. Nach dem Abholzen würde es zwangsläufig zu einer negativen öffentlichen Diskussion sowohl in der Bundesrepublik als auch in Europa über VWs wesentlichen Beitrag an der geplanten Naturvernichtung kommen. Im Gegensatz dazu wäre auch für VW eine kurzfristige Zustimmung zur Rettung des Querumer Forstes eine weltweit beachtete Glaubhaftmachung ihres grünen Bemühens.

‘Vertragliche Verpflichtungen’ gegenüber dem DLR sind den Bürgerinitiativen nicht bekannt. Das DLR hat zu jeder Projektphase mit einem anderen Vorhaben für ihren vermeintlichen Bedarf für eine längere Startbahn argumentiert. Deshalb erscheint die derzeitige Bedarfsbegründung auch unter Wissenschaftlern - hier allerdings nur im privaten Gespräch - als vorgeschoben. Zuletzt wurde mit Start- und Landeversuchen zum Test von ‘Hochauftrieb’ unter 90 % Maximalgewicht argumentiert. Der Rechtsanwalt der Flughafengesellschaft begründet im Schreiben an das OVG Lüneburg vom 6.05.2009 die erhebliche Verlängerung der SLB damit, dass jeder Versuchsflug eines für diese Tests „modifizierten Flugzeuges dem Erstflug eines neuen Serienflugzeuges gleicht.“ Jedem, auch Nicht-Fachleuten ist klar, dass derartige sicherheitskritische Flüge nicht über dem nach heutigen Planungsvorschriften unzulässig dicht besiedelten Umfeld des Flughafens zu verantworten sind und somit hier nicht durchgeführt werden.

Im Namen von heute und in Zukunft betroffenen Bürgerinnen und Bürgern appellieren wir an Sie, sehr geehrter Herr Dr. Hoffmann, eine für alle Beteiligten mit vielfältigen negativen Folgen verbundene Entscheidung in letzter Sekunde zu revidieren. Bei Ihrer Entscheidung zu berücksichtigende Aspekte wären weiterhin:

- erheblicher Verlust an Lebensqualität der Bewohner des nördlichen Braunschweigs durch die Vernichtung eines großen Teils des Landschaftsschutzgebietes
- SLB-Ausbau ist in Nachtarbeit geplant
- es besteht kein Nachtflugverbot
- wettbewerbsverzerrende Förderung von VW mit EFRE- oder GA-Mitteln
- 40.000 Anwohnern drohen 200 Mio. EUR Immobilienwertverlust

Mit freundlichen Grüßen

**Bürgerinitiative Flughafen Hondelage-Dibbesdorf**

Uta Ernst

Horst Gasse